

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 61 (1974)
Heft: 12: 4

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Arbeitgeber zum Berufsbildungsgesetz

Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen bekräftigt in einer Eingabe an das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) seine Ansicht, der kommenden Revision des Berufsbildungsgesetzes müssten die Ergebnisse der Arbeit der Eidgenössischen Expertenkommission für die Verbesserung der Berufslehre vom April 1972 zugrunde gelegt werden. Insbesondere wird der Grundsatz unterstützt, dass die Betriebslehre (Meisterlehre) auch weiterhin die zweckmässigste Form der Grundausbildung in der Berufsausbildung darstellen soll.

Im weiteren begrüsst der Arbeitgeber-Zentralverband die Verbreitung und den Ausbau der Berufsmittelschulen und befürwortet ein Mitspracherecht des BIGA im Sinne einer Koordinationsbefugnis bei der Schaffung von regionalen Unterrichtszentren. Der Zentralverband fordert schliesslich die gesetzliche Verankerung der mittleren Schulen zwischen Meisterschulen und höheren technischen Lehranstalten, von denen als bewährte Beispiele die sogenannten Technikerschulen und die höhere Fachschule für den Detailhandel genannt werden. Er hält daran fest, dass als Voraussetzung zur Zulassung zu den Abschlussprüfungen an höheren technischen Lehranstalten der Nachweis genügender praktischer Ausbildung vorgeschrieben wird.

Die Bildungs- und Berufsforschung müssen intensiviert werden, einerseits am schweizerischen Institut für Berufspädagogik, andererseits aber auch an den Forschungsstätten der Hochschulen.

CH: Erfolgreicher Streik der italienischen Lehrer

Die italienischen Lehrer in der Schweiz und in andern europäischen Ländern, die im Auftrag der italienischen Regierung die Gastarbeiterkinder in ihrer Sprache und Kultur unterrichten, haben mit ihrem zweiwöchigen Streik vom 20. Mai bis 3. Juni ihre Hauptforderungen durchsetzen können. Sie werden eine Gehaltserhöhung von rund 20 Prozent erhalten, und ihre Rechte und Pflichten sollen fortan in einem Gesamtarbeitsvertrag festgelegt werden, wie dies für ihre in Italien unterrichtenden Kollegen der Fall ist. An einer von der Berner Kontaktstelle für Ausländer und Schweizer veranstalteten Presseorientierung verwies eine in Bern tätige italienische Lehrerin darauf, dass der Streik das äusserste Protestmittel war, nachdem die Lehrer bei den zuständigen Behörden schon verschiedene Vorstösse unternommen hatten, doch ohne Erfolg.

CH: Schulabkommen für Nordwestschweiz

Die nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz hat eine Vereinbarung für ein regionales Schulabkommen verabschiedet, das eine optimale Auslastung des in der Region angebotenen Schulraumes und eine Zusammenarbeit bei der Planung neuer Schulen anstrebt. Gleichzeitig wurden einheitliche Schulgelder festgelegt. Der Vertragsentwurf wurde den Regierungen der angeschlossenen Kantone Aargau, Baselland, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Luzern und Solothurn zur Genehmigung und Beschlussfassung unterbreitet.

Die Konferenz beschloss ferner, der Empfehlung der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) zu folgen und den Mitgliederkantonen nahelegen, dass den Abgangszeugnissen bei Schulwechsel ein Ergänzungsblatt beigelegt wird, das zusätzliche Angaben enthält, die der neuen Schule die harmonische Eingliederung des Kindes erleichtern und Auskunft über seinen Ausbildungsstand und die angewandten Lehrmethoden geben.

CH: Kein eigenes Amt für Berufsbildung

Eine interne Umorganisation der Abteilung für Berufsbildung im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) steht unmittelbar vor dem Abschluss. Die Bildung eines eigenen Amtes für Berufsbildung hätte zwangsläufig einen Mehrbedarf an Personal zur Folge, was nicht gut zu der beschlossenen Personalplafonierung passen würde.

In seiner Antwort auf ein Postulat von Nationalrat Alder (LdU, Basel-Land) antwortet der Bundesrat weiter, dass die Bildung eines Berufsbildungsamtes im Rahmen der Totalrevision von der Expertenkommission negativ beurteilt worden sei. Trotz bestehenden Bedenken sei jedoch die Landesregierung im Hinblick auf die Bedeutung des Problems bereit, die vom Postulanten aufgeworfene Frage im Rahmen dieser Revision zu prüfen und das Postulat entgegenzunehmen.

CH: Bund hilft weiterhin Hochschulkantonen

Die zuständige Kommission des Nationalrates hat in Bern einstimmig beschlossen, der Vorlage für die Fortführung der Bundeshilfe an die Hochschulkantone mit den vom Ständerat beschlossenen Abweichungen zuzustimmen. Mit der bundesrätlichen Botschaft wird beantragt, in der zweiten

Beitragsperiode gemäss Hochschulförderungsgesetz (1975/76) 318 Millionen Franken für Grundbeiträge an die Betriebsaufwendungen der kantonalen Hochschulen und 250 Millionen Franken für Beiträge an Investitionen auszurichten.

Vor der erweiterten Kommission des Nationalrates unter dem Vorsitz von Dr. P. Gehler (SVP, Bern) referierte einleitend Bundesrat Hans Hürli-mann. Ferner liess sich die Kommission eingehend über die bisherigen Erfahrungen mit dem Hochschulförderungsgesetz orientieren, erörterte die heutige schwierige hochschulpolitische Lage und betonte die Notwendigkeit einer Neuregelung der Hilfe des Bundes im Rahmen eines revidierten Hochschulförderungsgesetzes. Dabei hörte sie auch Dr. R. Deppeler, Generalsekretär der Schweizerischen Hochschulkonferenz, und Prof. U. Hochstrasser, Direktor des Amtes für Wissenschaft und Forschung, an. Einstimmig beschloss die Kommission, dem Nationalrat zu empfehlen, von der Berichterstattung des Bundesrates über die Erfahrungen mit dem Hochschulförderungsgesetz Kenntnis zu nehmen.

ZH: Umbenennung der Oberrealschule

Der Erziehungsrat hat beschlossen, die kantonalen Mittelschulen des Maturitätstypus C inskünftig «Mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasien» zu nennen. Die bisherige Bezeichnung «Oberrealschule» ist irreführend, seit an der Oberstufe der Volksschule die Realabteilung eingeführt worden ist, die jedoch nicht Vorstufe für die Maturitätsabteilung des Typus C ist; diese Schule schliesst vielmehr an die Sekundarschule an. An der Schule werden Mathematik und Naturwissenschaften besonders gepflegt, weshalb der Typus in Basel bereits Mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium genannt wird. – Die neue Bezeichnung schliesst nicht aus, dass Schulen, die unter einer Leitung mehrere Typen führen, wie bisher besondere Namen, wie beispielsweise «Kantonsschule Zürcher Oberland», tragen.

BE: Berner Studentenrat entzieht Lausanner Modell die Unterstützung

Der Studentenrat der Universität Bern hat einstimmig beschlossen, der Lausanner-Modell-Initiativkampagne seine Unterstützung zu entziehen. Mit dem Ausscheiden der Berner Studenten verändert sich auch das knapp befürwortende Stimmenverhältnis (14 zu 12 Stimmen) im Delegiertenrat des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) zuungunsten der Lausanner-Modell-Initiative. Mit diesem Beschluss dürften nach Auffassung der Unipress die 12 Rückzugsberechtigten ihre Initiative, die diesen Herbst zur Abstimmung gelangt wäre, voraussichtlich zurückziehen.

LU: Hochschulrektoren über Luzerner Pläne orientiert

Das Erziehungsdepartement teilt mit: Am 17. und 18. Mai hielt in Luzern die Schweizerische Hochschul-Rektorenkonferenz unter dem Vorsitz von Prof. Max Wehrli, Zürich, ihre ordentliche Frühjahrssitzung ab. Bei dieser Gelegenheit liessen sich die Rektoren der schweizerischen Hochschulen durch eine Luzerner Delegation unter der Leitung von Regierungsrat Dr. Walter Gut über das Projekt der Zentralschweizer Hochschule Luzern orientieren. In der anschliessenden Diskussion kam u. a. auch die Frage der Koordination der neuen Hochschule mit den bestehenden zur Sprache. Nach Besichtigung des Hochschulgeländes Sedel waren die Hochschul-Rektoren Gäste der Luzerner Regierung und der Stadt Luzern.

FR: Absage an die Uni Freiburg?

Man hegte eine gewisse Hoffnung, die Vorlage über die Erweiterung der Hochschulbauten bei den geisteswissenschaftlichen Fakultäten über die Runden zu bringen. Es ging darum, einem Kredit von 17 Millionen Franken zuzustimmen, wobei der Kanton mit 1,1 Millionen Franken belastet worden wäre, nach Abzug eines ausserordentlichen Bundesbeitrages von 90 Prozent und der Kontribution der Baustiftung. Gegen den diesbezüglichen Grossratsbeschluss wurde das Referendum ergriffen. Das Freiburger Volk hat das Dekret mit 26 000 gegen 16 000 Stimmen verworfen.

Das hat nun nicht bloss unmittelbare Konsequenzen für das Bauvorhaben. Man hat den Eindruck, dass es hier um mehr gegangen ist als um eine Finanzvorlage. Die Abstimmung hat plebiszitären Charakter angenommen. Es ist zu befürchten, dass nicht ein Kredit verweigert wurde, sondern dass eine massive Absage an die Universität und die Universitätspolitik erfolgt ist, mit allen sehr oft begründeten, aber meist überhaupt nicht motivierten emotionalen Hintergründen – vom Fall Pfürtners bis zur Ausgabenexplosion –, die auch eine gezielte Informationspolitik bisher nicht auszuräumen vermochte.

SO: Solothurns Lehrerbund und die «Erziehungsgewerkschaft»

Der Kantonausschuss des Solothurner Lehrerbundes hat von der Gründung einer «Gewerkschaft Erziehung» (GE) Kenntnis genommen und dazu grundsätzlich festgehalten, dass der Lehrerbund als parteipolitisch neutrale Organisation nach wie vor zuständig sei, standes- und schulpolitische Fragen im Namen der Lehrerschaft zu behandeln. «Auf das bisher übliche Vorgehen, insbesondere auf das partnerschaftliche Ge-

sprach, möchten wir unter keinen Umständen verzichten.» Da die Initianten, welche die Gründung einer Gewerkschaft angeregt haben, «auf der Grundlage des marxistisch-leninistischen Gedankengutes politische Fernziele» anstrebten, die vom Kantonausschuss des Solothurner Lehrerbundes einmütig abgelehnt werden, erachtet dieser die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit der neugegründeten Gewerkschaft als nicht gegeben. Er wird seinen Entscheid der nächsten Delegiertenversammlung vorlegen.

TG: Erweiterte Trägerschaft der ostschweizerischen Maturitätsschule

Die ostschweizerische Maturitätsschule für Erwachsene hat die Trägerschaft um den Kanton Schaffhausen erweitert. Mit Ausnahme von Graubünden sind nun alle Ostschweizer Kantone an der Schule, die Unterricht in St. Gallen, Sargans und Frauenfeld erteilt, beteiligt. Zurzeit bereiten sich 281 Studierende in 15 Klassen auf die Eidgenössische Maturitätsprüfung, auf Aufnahmeprüfungen an Hochschulen oder auf den Primarlehrerberuf (2. Bildungsweg) vor.

AG: Zweite fahrbare Schulzahnklinik

Die Zahnärztesgesellschaft des Kantons Aargau hat an ihrer Generalversammlung beschlossen, eine zweite fahrbare Schulzahnklinik anzuschaffen. Seit Winter 1972 ist die erste auf genossenschaftlicher Basis mit grossem Erfolg im Freiamt und Fricktal eingesetzt worden. Die zweite fahrbare Schulzahnpraxis soll noch in diesem Jahr aus gesellschaftseigenen Mitteln angeschafft und in Betrieb genommen werden, um die zahnärztliche Versorgung der Schuljugend in abgelegenen Aargauer Gemeinden intensivieren zu können.

TI: Tessiner Regierung anerkennt Schülerversammlungen

Der Tessiner Staatsrat hat beschlossen, die Versammlungen der Mittelschüler des ganzen Kantons offiziell anzuerkennen. Gleichzeitig schlägt er Verhaltensregeln vor, um die Disziplin bei den Versammlungen aufrechtzuerhalten, bis eine endgültige Regelung ausgearbeitet ist, die im September in Kraft treten soll.

Entwicklungstendenzen der modernen Pädagogik*

Ludwig Räber

Zu den Gestalten, die in der Kulturgeschichte des Abendlandes wohl für immer einen Lichtpunkt darstellen und die in dunkler Zeit sogar eine Wende brachten, gehört bestimmt auch der Bildungstheoretiker Flavius Cassiodorus, Kulturminister des Gotenkönigs Theoderich¹. Nachdem sein weitschauender Plan, zusammen mit Papst Agapet (535–536) in Rom eine christliche Hochschule zu begründen, an der Ungunst der Zeit gescheitert war, trennte er sich von den Staatsgeschäften, zog sich auf seine Güter in Calabrien zurück und gründete in Vivarium ein Gelehrtenkloster, d. h. eine Bildungsstätte, wo die Glaubenswelt des Christentums und die Kulturwelt der Antike in lebendiger Synthese sich befruchten sollten. Zu diesem Zweck verfasste er für seine Mönche eine

Art Leitfaden des Studiums der Theologie und der klassischen Bildung, nämlich die «Institutiones divinarum et saecularium artium»². Dieser Lehrplan christlich-abendländischer Bildung – wir würden heute sagen Curriculum – entwirft in einem 1. Buch von 33 Kapiteln das systematische Studium der Theologie; 33, denn Jesus Christus, dessen Lehre diese Kapitel zur Darstellung bringen, lebte 33 Jahre. Und das weltliche Wissen, der Gegenstand des 2. Buches, die Artes liberales der Griechen und Römer, kann nicht anders als in 7 Kapiteln vermittelt werden. Denn die 7 ist eine heilige Zahl, bei den Alten und in der Schrift. «Diese Zahl, die in der Abfolge der Wochen ständig wiederkehrt, wird immer dauern bis ans Ende der Welt – qui... calculus... usque ad totius orbis finem semper extenditur»³.

Darf ich Ihnen gestehen, dass mich dieser fromme Glaube Cassiodors, es gäbe eine absolut gültige Synthese des menschlichen

* Abschiedsvorlesung von Prof. Dr. L. Räber OSB am 28. Juni 1973 an der Universität Freiburg / Schweiz, veröffentlicht in: «Universitas Friburgensis», Nr. 3, 1973.